

Oldenbourg
Grundriss
der Geschichte

Oldenbourg Grundriss der Geschichte

Herausgegeben
von
Lothar Gall
Karl-Joachim Hölkeskamp
Steffen Patzold

Band 41

Europa zwischen Restauration, Reform und Revolution 1815–1850

Von
Andreas Fahrmeir

Oldenbourg Verlag München 2012

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2012 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: hauserlacour
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Satz: le-tex publishing services GmbH, Leipzig
Druck und Bindung: Grafik+Druck, München

ISBN 978-3-486-70939-1
e-ISBN 978-3-486-71606-1

Vorwort der Herausgeber

Die Reihe verfolgt mehrere Ziele, unter ihnen auch solche, die von vergleichbaren Unternehmungen in Deutschland bislang nicht angestrebt wurden. Einmal will sie – und dies teilt sie mit anderen Reihen – eine gut lesbare Darstellung des historischen Geschehens liefern, die, von qualifizierten Fachgelehrten geschrieben, gleichzeitig eine Summe des heutigen Forschungsstandes bietet. Die Reihe umfasst die alte, mittlere und neuere Geschichte und behandelt durchgängig nicht nur die deutsche Geschichte, obwohl sie sinngemäß in manchem Band im Vordergrund steht, schließt vielmehr den europäischen und, in den späteren Bänden, den weltpolitischen Vergleich immer ein. In einer Reihe von Zusatzbänden wird die Geschichte einiger außereuropäischer Länder behandelt. Weitere Zusatzbände erweitern die Geschichte Europas und des Nahen Ostens um Byzanz und die Islamische Welt und die ältere Geschichte, die in der Grundreihe nur die griechisch-römische Zeit umfasst, um den Alten Orient und die Europäische Bronzezeit. Unsere Reihe hebt sich von anderen jedoch vor allem dadurch ab, dass sie in gesonderten Abschnitten, die in der Regel ein Drittel des Gesamtumfangs ausmachen, den Forschungsstand ausführlich bespricht. Die Herausgeber gingen davon aus, dass dem nacharbeitenden Historiker, insbesondere dem Studenten und Lehrer, ein Hilfsmittel fehlt, das ihn unmittelbar an die Forschungsprobleme heranführt. Diesem Mangel kann in einem zusammenfassenden Werk, das sich an einen breiten Leserkreis wendet, weder durch erläuternde Anmerkungen noch durch eine kommentierende Bibliographie abgeholfen werden, sondern nur durch eine Darstellung und Erörterung der Forschungslage. Es versteht sich, dass dabei – schon um der wünschenswerten Vertiefung willen – jeweils nur die wichtigsten Probleme vorgestellt werden können, weniger bedeutsame Fragen hintangestellt werden müssen. Schließlich erschien es den Herausgebern sinnvoll und erforderlich, dem Leser ein nicht zu knapp bemessenes Literaturverzeichnis an die Hand zu geben, durch das er, von dem Forschungsteil geleitet, tiefer in die Materie eindringen kann.

Mit ihrem Ziel, sowohl Wissen zu vermitteln als auch zu selbständigen Studien und zu eigenen Arbeiten anzuleiten, wendet sich die Reihe in erster Linie an Studenten und Lehrer der Geschichte. Die Autoren der Bände haben sich darüber hinaus bemüht, ihre Darstellung so zu gestalten, dass auch der Nichtfachmann, etwa der Germanist, Jurist oder Wirtschaftswissenschaftler, sie mit Gewinn benutzen kann.

Die Herausgeber beabsichtigen, die Reihe stets auf dem laufenden Forschungsstand zu halten und so die Brauchbarkeit als Arbeitsinstrument über eine längere Zeit zu sichern. Deshalb sollen die einzelnen Bände von ihrem Autor oder einem anderen Fachgelehrten in gewissen Abständen überarbeitet werden. Der Zeitpunkt der Überarbeitung hängt davon ab, in welchem Ausmaß sich die allgemeine Situation der Forschung gewandelt hat.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	XI
I. Darstellung	1
1. Zur Charakteristik der Epoche	1
2. Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft	2
2.1 Bevölkerungsentwicklung	2
2.2 Die wirtschaftliche Entwicklung	4
2.3 Gesellschaftsstrukturen	19
2.4 Gegenwartsdiagnosen und Zukunftsprojektionen	30
3. Die Restaurationszeit	31
3.1 Die Wiener Ordnung	31
3.2 Innenpolitik zwischen monarchischem Prinzip und Modernisierung	43
3.3 Konfessionelle Uniformität oder Pluralität?	49
3.4 Künste und Wissenschaften	52
4. Revolutionen, Reformära und Vormärz	55
4.1 Innenpolitische Weichenstellungen in einzelnen Ländern	55
4.2 Pauperismus und Freihandel	69
4.3 Außen- und Kolonialpolitik	73
4.4 Bürgerliches Vereinswesen, Kultur und nationale Imaginationen	76
4.5 Kirchen und Religionen	79
5. Die Revolutionen von 1848	82
5.1 Strukturelle Rahmenbedingungen	82
5.2 Vorgeschichten	89
5.3 Die liberale Revolution: Winter bis Frühjahr 1848	91
5.4 Polarisierung und Nationalitätenkonflikte: Sommer bis Winter 1848	94
5.5 Letzte Revolutionsversuche: 1849	98
5.6 Nachspiele und Nachwirkungen	100
II. Grundprobleme und Tendenzen der Forschung	103
1. Zur Charakteristik der Epoche	103
2. Wirtschaft und Gesellschaft	105
2.1 Zur Quellenlage	105
2.2 Bevölkerung	107
2.3 Die wirtschaftliche Entwicklung	109
2.4 Gesellschaftsstrukturen – zur Quellenlage	117
3. Die Restaurationszeit	124
3.1 Exkurs: Alte und neue Wege der Politikgeschichte	124

3.2	Zur Quellenlage	126
3.3	Die Wiener Ordnung	127
3.4	Innenpolitik zwischen monarchischem Prinzip und Modernisierung	130
3.5	Konfessionelle Uniformität oder Pluralität?	131
3.6	Künste und Wissenschaften	134
4.	Revolutionen, Reformära und Vormärz	136
4.1	Innenpolitische Weichenstellungen in einzelnen Ländern	136
4.2	Pauperismus und Freihandel	142
4.3	Außen- und Kolonialpolitik	145
4.4	Bürgerliches Vereinswesen, Kultur und nationale Imaginationen	150
4.5	Kirchen und Religionen	155
5.	Die Revolutionen von 1848	156
5.1	Quellen	156
5.2	Übergreifende Fragestellungen und Probleme der Revolutionshistoriographie	158
5.3	Parlamente, Parteien, Abgeordnete	166
5.4	Die Revolution jenseits der Parlamente	168
5.5	Die Gegner der Revolutionen	170
5.6	Die außerrevolutionäre Welt und die Folgen der Revolution	172
III. Quellen und Literatur		177
1.	Allgemeine Hilfsmittel	177
1.1	Bibliographien	177
1.2	Allgemeine und biographische Nachschlagewerke	177
1.3	Quellen	178
2.	Zur Charakteristik der Epoche	179
2.1	Allgemeine europäische Geschichten	179
2.2	Geschichten einzelner Länder	179
2.3	Deutungen der Epoche	182
3.	Wirtschaft und Gesellschaft	183
3.1	Quellensammlungen, Quellenkritik, Überblicksdarstellungen	183
3.2	Bevölkerung	183
3.3	Die wirtschaftliche Entwicklung	184
3.4	Gesellschaftsstrukturen	188
4.	Die Restaurationszeit	193
4.1	Quellen	193
4.2	Die Wiener Ordnung	194
4.3	Innenpolitik zwischen Restauration und Modernisierung	195
4.4	Konfessionelle Uniformität oder Pluralität?	198
4.5	Künste und Wissenschaften	200

5. Revolutionen, Reformära und „Vormärz“	201
5.1 Innenpolitische Weichenstellungen in einzelnen Ländern	201
5.2 Pauperismus und Freihandel	203
5.3 Außen- und Kolonialpolitik	204
5.4 Bürgerliches Vereinswesen, Kultur und nationale Imaginationen	205
5.5 Kirchen und Religionen	207
6. Die Revolutionen von 1848/49	207
6.1 Quellen	207
6.2 Überblicksdarstellungen zu Europa, einzelnen Ländern oder Städten	208
6.3 Parlamente, Parteien, Abgeordnete, Verfassungen	210
6.4 Die Revolution jenseits der Parlamente	211
6.5 Die Gegner der Revolutionen	211
6.6 Die außerrevolutionäre Welt und die Folgen der Revolution	212
 Register	 215
Personenregister	215
Autorenregister	216
Orts- und Sachregister	221

Vorwort

Es ist nicht leicht, einen „Grundriss“ neu zu gestalten. Vor allem dann nicht, wenn es um einen Band geht, der nach allgemeiner Übereinkunft zu den besten der Serie gehört. Gewiss hat sich manches an Details des Forschungsstands geändert, sind neue Methoden und Perspektiven stärker in den Blick gerückt – wenn auch für die erste Hälfte des ‚kurzen‘ 19. Jahrhunderts weniger als für andere Epochen, die in den letzten Jahren stärker im Mittelpunkt von Forschungskontroversen standen. Man ist dennoch durch das Vorbild in besonderer Weise versucht, diese und jene Akzentsetzung zu verschieben, denn es in der gleichen Art besser machen wollen – das wäre von vornherein aussichtslos gewesen. Das Ergebnis versteht sich daher eher als eine Alternative denn als ein Ersatz.

Was hat sich vor allem geändert? Der Versuch, der Tatsache gerecht zu werden, dass die Perspektive auf Europa umfassender geworden ist. Auch wenn es aus naheliegenden Gründen (und wegen der Grenzen meiner linguistischen Kompetenzen) bei einer Privilegierung Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands bleibt, schien es mir wichtig, den Versuch zu wagen, die Länder, die man allzu leicht zu einer ‚Peripherie‘ Europas rechnet, etwas mehr einzubeziehen – aus Rücksicht auf die begrenzte Seitenzahl des Bandes ist das allzu oft aber nur im Literaturverzeichnis gelungen. Diese Verschiebung der Perspektive wirft Probleme für die Darstellung auf. Sie macht Europa imperialer und globaler, aber auch deutlich inhomogener. Das wird bereits an den Epochengrenzen des Bandes deutlich, die für Spanien, Russland oder Teile Skandinaviens deutlich weniger Sinn machen als für Deutschland oder Frankreich.

Die zweite Änderung betrifft die Gliederung. Anstelle der bewährten Unterscheidung zwischen Innen- und Außenpolitik, welche den Band von Dieter Langewiesche geprägt hat, habe ich mich für eine Betonung chronologischer Zäsuren vor dem Hintergrund graduellen Wandels von Wirtschaft und Gesellschaft entschieden. Das hat wiederum Nachteile, da Kapitel über Bildung, Wissenschaft, Kunst und Religion sich nicht immer genau an die Epochengrenzen halten können, die im Interesse einer einigermaßen kohärenten Erzählung der politischen Entwicklung gewählt worden sind.

An einem hat sich freilich gar nichts geändert: Entscheiden, ob der Versuch gelungen ist, können nur die Leserinnen und Leser.

I. Darstellung

1. Zur Charakteristik der Epoche

Nach 1815 erlebte Europa eine Verschiebung von Konflikten. Die vorangegangenen Jahrzehnte waren durch Kriege zwischen Staaten gekennzeichnet gewesen; nach 1815 wurden Auseinandersetzungen um die innere politische Verfassung von Staaten, Nationen, Reichen oder Föderationen prägend. Vollerorts fanden diese Kontroversen zwischen 1848 und 1850 ihren vorläufigen Höhepunkt in einer erfolgreichen, erfolglosen oder abgebrochenen Revolution. In weiten Teilen Europas markierten 1815 und 1850 somit politische Zäsuren.

Zäsuren

Allerdings waren die beiden Zäsuren unterschiedlich klar und tiefgreifend. Da die napoleonischen Kriege ganz Europa direkt oder indirekt betrafen, war der Übergang vom Krieg zum Frieden überall zu spüren – selbst in der iberischen Welt, obgleich der Frieden in Europa dort mit der Intensivierung kolonialer Unabhängigkeitskriege zusammenfiel.

1815: Vom Krieg zum Frieden

Dagegen betrafen die Revolutionen von 1848 die iberische Halbinsel, die Niederlande, das Russische Reich und das Osmanische Reich allenfalls indirekt, Großbritannien und Skandinavien kaum. Spürbare innenpolitische Auswirkungen beschränkten sich auf Frankreich und Teile Deutschlands. Die meisten anderen von der Revolution betroffenen Länder kehrten wie das Habsburgerreich, der Kirchenstaat oder das Königreich beider Sizilien zu einem noch verhärteten Status quo zurück. Die Fernwirkungen der Revolutionen auf die Struktur der europäischen Staatenwelt zeigten sich erst ab der Mitte der 1850er-Jahre.

1850: Revolutionen

Die gerne zur Charakterisierung der Jahre zwischen 1815 und 1850 verwandten Begriffe „Restauration“ und „Revolution“ sind daher – wie jede Epochenbezeichnung – problematisch. Ihre Anwendung auf ganz Europa legt gemeinsame Erfahrungen des Kontinents nahe, die in den Jahrzehnten nach 1815 nicht unbedingt gegeben waren.

Restauration, verstanden als die Rückkehr einer durch die Folgen der Französischen Revolution vertriebenen Dynastie, war eine Erfahrung, die sich auf den erweiterten Mittelmeerraum (Portugal, Spanien, Frankreich sowie die größten Teile des italienischen Festlands) und wenige deutsche Staaten (wie Hannover oder Kurhessen) beschränkte. Eine Restauration im Sinne einer allgemeiner verstandenen Rückkehr zu vorrevolutionären Verhältnissen war nirgends erfolgreich und wurde meist überhaupt nicht angestrebt. Das Ziel, das nach 1815 das Handeln der meisten europäischen Regierungen prägte, war die Wiederherstellung einer stabilen monarchischen Herrschaft unter veränderten Bedingungen, zu denen nicht zuletzt die Beibehaltung neuer Grenzziehungen gehörte.

Restauration als Epochenbegriff?

Ein etwas weiteres Verständnis von Begriffen wie „Restauration“, „Revolution“ oder „Reform“ beschreibt die Epoche jedoch in sehr treffender Weise. Wenn man sich von der Vorstellung verabschiedet, die Restauration sei ein

Alternativen: Revolution und Reform?

Programm der bloßen Konservierung alter Verhältnisse gewesen, und sie als Versuch der Beibehaltung zentraler politischer Normen durch Anpassung an sich wandelnde Gegebenheiten versteht, markieren die drei Konzepte alle eine Vorstellung von politischer Entwicklung, deren Ausmaß und Dynamik jedoch verschieden sein sollte. Es ging um die Notwendigkeit einer Anpassung der Herrschaftsverhältnisse an eine sich wandelnde soziale Ordnung, die entweder überaus behutsam (und notfalls unter Stillstellung der sozialen und wirtschaftlichen Dynamik), graduell oder plötzlich passieren sollte – wobei nicht unbedingt ausgemacht war, ob der Anstoß zu Veränderungen von „unten“, von „oben“ oder aus der Mitte der Gesellschaft kommen sollte. Diese Ansicht widersprach der in der europäischen Geschichte lange verbreiteten Idee, dass Modelle einer idealen politischen Ordnung nur durch den Blick zurück zu identifizieren waren. Die Vorstellung eines Fortschritts, der über antike Modelle hinausreichen konnte, war zwar nicht gänzlich neu, erfreute sich aber im frühen 19. Jahrhundert einer immer breiteren Akzeptanz, die eine immer weitergehende Abkopplung von Traditionen ermöglichte, die bislang nicht hinterfragt worden waren.

Fortschritt als Problem

Obleich die drei zentralen politischen Schlagworte in der Vorsilbe „Re-“ sprachlich ein Bekenntnis zum Rückbezug auf eine ideale Vergangenheit konservierten, war deutlich, dass es sich zumindest bei Reform und Revolution fortan ausschließlich um zukunftsgerichtete Konzepte handelte, die davon ausgingen, dass politische Praktiken die Dynamisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse reflektieren, also an den allgemeinen Fortschritt angepasst werden mussten. Das Wechselspiel von wirtschaftlicher Dynamisierung, gesellschaftlicher Flexibilisierung und politischem Strukturwandel konnte sich nicht nur in Reformwellen oder Revolutionen, sondern sogar in einer Restauration nach dem Muster Frankreichs beobachten lassen, wo eine konstitutionelle Monarchie an die Stelle einer absoluten trat.

2. Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft

2.1 Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungswachstum

Die Bevölkerung Europas wuchs zwischen ca. 1800 und 1850 von rund 180 auf etwa 266 Millionen, also um etwa 50 %. Der Bevölkerungszuwachs war dabei wie bereits im 18. Jahrhundert auf den britischen Inseln (über 90 %) besonders hoch und wurde nach Süden und Osten immer geringer. So betrug er in Frankreich 35 %, in Österreich-Ungarn 34 %, in Italien 32 % und in Deutschland (in den Grenzen von 1871) 29 %. Qualitativ trug dieses Ungleichgewicht dazu bei, dass die USA, das britische Nordamerika, die australischen Kolonien sowie Neuseeland, die Zuwanderern aus allen Teilen Europas offen standen, maßgeblich von britischen (und in zweiter Linie deutschen) Auswanderern besiedelt wurden. Eine weitere Folge des ländlichen demographischen Überschusses war die rasante Urbanisierung Großbritanniens und anderer Regionen West- und

Mitteleuropas. In Großbritannien lebte bereits um 1850 rund die Hälfte der Einwohner in Städten über 10 000 Einwohner; auf dem Kontinent erreichten die Niederlande mit knapp 30 % sowie Frankreich mit 25 % die höchsten Werte. Besonders Gewerbe- und Handelsstädte wuchsen geradezu explosionsartig – Manchester zählte 1800 75 000, um 1850 über 300 000 Einwohner; Bradford 1800 13 000 und 1850 104 000 Einwohner, Wuppertal 1800 16 000 und 1850 80 000. In London, das bereits um 1800 die größte Stadt Europas war, lebten 1850 2,4 Millionen Menschen, in Paris als größter Stadt des Festlands dagegen ‚nur‘ eine Million, in Wien rund 450 000.

Die Ursachen des Bevölkerungswachstums waren vielfältig. Die Sterblichkeit ging leicht zurück. Frauen blieben etwas länger fruchtbar. In manchen Ländern wurden Ehen früher geschlossen, und in fast ganz Europa stieg die Zahl außerehelicher Geburten deutlich an. In der Summe führte das zu einer Phase hoher Geburtenüberschüsse, die bisweilen als „demographischer Übergang“ bezeichnet wird (II.2.2).

Ursachen

Medizinische Durchbrüche waren für den graduellen Anstieg der Lebenserwartung nur in geringem Maße verantwortlich. Neue effektive Medikamente oder Behandlungsmethoden wurden zwischen 1815 und 1850 kaum entdeckt, manche Bereiche der medizinischen Vorsorge wurden aber ausgebaut. Die bereits seit dem 18. Jahrhundert bekannte Möglichkeit, einer Pockeninfektion durch eine Immunisierung mit Kuhpocken vorzubeugen, wurde im 19. Jahrhundert häufiger angewandt. Während der Cholera-Epidemien, die Europa seit 1830 heimsuchten, wurden in englischen Städten Brunnen eindeutig als Infektionsherde identifiziert, was dann zu einer allmählichen Verbesserung der Trinkwasserqualität beitrug. Diese verhinderte spätere Cholera-Epidemien zwar nicht, milderte jedoch an manchen Orten ihre Auswirkungen. Der etwas bessere Zugang zu Ärzten und der Ausbau von Krankenhäusern konnte angesichts der Unkenntnis effektiver Desinfektionsmethoden allerdings eher die Übertragung von Krankheitskeimen von Patient zu Patient als die Heilung fördern.

Medizinische Durchbrüche

Wesentliche Ursache des Bevölkerungswachstums war mithin neben der langen Friedensperiode in weiten Teilen Europas vor allem der graduelle und ungleich verteilte Anstieg des Wohlstands der europäischen Bevölkerung. Bessere Ernährung steigerte die Fruchtbarkeit, erhöhte die Resistenz gegenüber Infektionskrankheiten und vergrößerte die Wahrscheinlichkeit, eine Erkrankung zu überleben. Die Umwandlung von Sumpfgeländen oder Flussauen in Ackerland, beispielsweise im Westen Frankreichs, im preußischen Oderbruch oder am Oberrhein, drängte die dort bislang endemischen Fieberkrankheiten zurück.

Verbesserung der Lebensbedingungen

Das niedrigere Heiratsalter und der Anstieg illegitimer Geburten waren ebenfalls mit dem Übergang von einer kleinräumigen, ländlichen und statischen zu einer mobileren, anonymen sowie städtischeren Gesellschaft verbunden – in Paris kam um 1830 jedes dritte Kind als Sohn oder Tochter einer ledigen Mutter zur Welt, in Rouen dagegen nur jedes zehnte. Im französischen Durchschnitt (ohne Paris) waren nur etwa fünf von 100 Kindern unehelich.

Heiratsalter und Geburtenzahlen

Ehen konnten zudem früher geschlossen werden, weil informelle Regeln, welche die Gründung einer Familie an die Übernahme eines Betriebs oder Bauernhofs gekoppelt hatten, in einer Wirtschaft mit immer mehr Verdienstmöglichkeiten für abhängig Beschäftigte und Chancen zur Gründung neuer Betriebe an Bedeutung verloren. In Mitteleuropa außerhalb Preußens erschien die steigende Zahl der Ehen, die ohne eine dauerhaft gesicherte ökonomische Grundlage geschlossen wurden, jedoch so bedrohlich, dass dort ein „politischer Ehekonsens“ eingeführt wurde: Eine behördliche Heiratslaubnis wurde zur Voraussetzung für die weiterhin rechtlich entscheidende kirchliche Eheschließung. Die behördliche Prüfung sollte verhindern, dass Eheleute und ihre Kinder der öffentlichen Armenhilfe zur Last fallen würden. Allerdings war die Wohlstandsprüfung nur begrenzt effektiv. Anstatt Geburten zu verhindern, machte sie aus legitimen Ehen außereheliche Lebensgemeinschaften, deren prekäre soziale Stellung die Unterstützungsbedürftigkeit von Frauen und Kindern eher erhöhte. So kam in Bayern – einem Land mit Heiratsbeschränkungen – in der Mitte des 19. Jahrhunderts jedes fünfte Kind unehelich zur Welt, in der urbanen preußischen Rheinprovinz, in der es keine Heiratsbeschränkungen gab, waren es dagegen nur 3 %.

Bevölkerungswachstum
als Bedrohung ...

Die Minister der meisten deutschen Staaten hielten Ehebeschränkungen für notwendig, da sie damit rechneten, der Anstieg der Bevölkerung werde zum Zuschnappen der Malthusianischen Falle führen. Der Geistliche und Demograph Thomas Robert Malthus (1766–1834) hatte 1798 argumentiert, ungebremstes Bevölkerungswachstum werde zu Engpässen bei der Nahrungsmittelversorgung und schließlich zu Hungersnöten mit vielen Toten führen. Der geometrisch (also in der Reihe 2, 4, 8, 16, 32, 64) wachsenden Bevölkerung stehe nämlich eine allenfalls linear (d. h. in der Reihe 2, 4, 6, 8, 10, 12) ansteigende Nahrungsmittelproduktion gegenüber. Es sei daher sowohl notwendig als auch human, die Zahl der Geburten an die verfügbaren Ressourcen anzupassen, um den Zyklus von Wachstum und Not zu durchbrechen.

... oder Beleg für Erfolg

Trotz zahlreicher Krisensymptome, die vor allem in den 1840er-Jahren als Pauperismus wahrgenommen wurden, war es aber in weiten Teilen Europas möglich, die wachsende Bevölkerung besser zu versorgen als je zuvor. Voraussetzung dafür war ein sich selbsttragendes Wirtschaftswachstum, das auf Fortschritten in der Landwirtschaft, dem Ausbau der Verkehrs- und Handelswege sowie Innovationen in der gewerblichen Produktion beruhte und die demographische Expansion überkompensierte.

2.2 Die wirtschaftliche Entwicklung

2.2.1 Landwirtschaft

Menschliche und
tierische Arbeitskraft

Europa war von 1815 bis 1850 überwiegend agrarisch geprägt; die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung lebte auf dem Land. Trotz der Entwicklung erster industrieller Hilfsmittel für den Ackerbau – neben den in England seit den 1830er-Jahren genutzten mechanischen Dreschmaschinen wurden auf der

Londoner Weltausstellung 1851 beispielsweise dampf- und windgetriebene Pflüge vorgeführt – blieb der Mechanisierungsgrad der Landwirtschaft gering. Die auf dem Land verbrauchte Energie stammte weitestgehend aus tierischer oder menschlicher Muskelkraft. Dabei variierte das Verhältnis in Europa stark. Wo die Löhne (wie in England) hoch waren, war der Einsatz von Pferden und Ochsen auf Feldern sinnvoll; wo sie sich (wie in Frankreich und den meisten anderen Ländern) auf niedrigem Niveau bewegten, mussten Landarbeiter selbst die Pflüge ziehen.

Weitere Methoden der Produktivitätssteigerung waren die Verbesserung von Werkzeugen, der Anbau ertragreicherer Pflanzen (etwa von Kartoffeln statt Getreide), die Zucht rascher wachsender oder mehr Milch gebender Tiere, die effektivere Be- und Entwässerung und die Verfeinerung der Anbauzyklen. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Europa wuchs durch den Einbezug marginaler Böden sowie die dichtere Besiedelung des östlichen Russlands, Ungarns und Preußens. Dazu kamen die Folgen der europäischen Kolonisation. In der Karibik, in Nord- und Südamerika bewirtschafteten Sklaven, die unter bescheidensten Bedingungen lebten, „Geisteräcker“ [3.3.3: POMERANZ: 314], deren Erträge ganz überwiegend der Bevölkerung Europas zugutekamen. Ferner wurden in Nordamerika große Gebiete von einer extensiven in eine intensive Landwirtschaft überführt, deren Überschüsse teilweise ebenfalls in Europa konsumiert wurden.

Voraussetzung für die zahllosen großen und kleinen Investitionsentscheidungen, welche zur Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft beitrugen, waren Verschiebungen der Anreize für Produzenten und Konsumenten. In Regionen, die an effiziente Handelswege angebunden waren, konnten Bauern und Gutsbesitzer für überregionale Märkte produzieren und sich auf besonders profitable oder besonders leicht anzubauende Produkte (z. B. Wein, Leinen, Zuckerrüben, Maulbeeren zur Zucht von Seidenraupen, in Übersee auch Tabak, Kaffee, Kakao oder Baumwolle) spezialisieren. Davon konnte man aber nicht leben; daher musste man die eigenen Nahrungsmittel nun ebenfalls auf Märkten beschaffen. Selbst der Anbau von Lebensmitteln in großflächigen Monokulturen setzte die Anbindung an überregionale Märkte voraus, denn ansonsten drohte beim regionalen Ausfall eines Produkts eine möglicherweise katastrophale Hungersnot.

Bestand keine Anbindung an einen verlässlichen Verkehrsweg mit hohen Transportkapazitäten, brachte eine Maximierung der Produktion über den Eigenbedarf hinaus kaum Vorteile. Somit blieb in solchen Regionen die sichere Versorgung mit Lebensmitteln erste Priorität. Sie ließ sich am besten durch den kleinräumigen Anbau möglichst vieler Sorten von Lebensmitteln, die für jeweils unterschiedliche Witterungsbedingungen und Krankheiten anfällig waren, erreichen.

Für Konsumenten in den wachsenden Städten wuchs die Abhängigkeit vom Nahrungsmittelimport, wenn auch in von Produkt zu Produkt unterschiedlicher Weise. Selbst eine Stadt wie Paris konnte sich Mitte des 19. Jahrhunderts mit Gemüse und Obst vermutlich noch fast selbst versorgen, hing aber vom Getreide- und Fleischimport aus einem großen Umland ab. Die innerhalb der

Verbesserte Techniken

Kolonien

Wachstumsanreize ...

... gegen
VersorgungssicherheitAgrarkapitalismus und
Urbanisierung

Stadtgrenzen konsumierten Luxuswaren wurden sogar auf globalen Märkten für Alkoholika, Gewürze, Südfrüchte, Zucker, Tee, Kaffee oder Tabak gehandelt.

Während es in der Stadt kaum Alternativen zum Kauf von Lebensmitteln gab, konnte es sich auch im ländlichen Raum lohnen, Fertigwaren einzukaufen, statt selbst angebaute Lebensmittel zu Hause zu verarbeiten. Das war immer dann der Fall, wenn sich durch Heim- oder Fabrikarbeit mehr verdienen ließ, als der Kauf von Fertigwaren (z. B. Brot statt Mehl oder Gin statt Kartoffeln) kostete.

Die auf Gewinnmaximierung ausgerichtete, agrarkapitalistische Landwirtschaft etablierte sich im frühen 19. Jahrhundert daher vor allem in der Reichweite größerer Städte. Urbanisierung und ländliches Produktivitätswachstum beflügelten sich folglich gegenseitig, denn die Steigerung der Produktivität auf dem Lande war wiederum Voraussetzung dafür, dass weniger ländliche Arbeiter immer mehr Städter ernähren konnten. Die wachsende kollektive Kaufkraft der Städte und der ländlichen Industrie-Arbeiterschaft schuf sodann einen Anreiz für eine weitere Steigerung der ländlichen Produktion. In den Teilen Europas, in denen es weder weit ausstrahlende urbane Zentren noch günstige Verkehrsverbindungen gab und wo die Praxis des Tauschhandels die Rolle von Märkten begrenzte (auf dem Balkan, in weiten Teilen des ländlichen Russlands, Schwedens oder Spaniens) war dagegen weiterhin eine Subsistenzwirtschaft, die nur geringe Überschüsse produzierte, typisch.

Politische
Steuerungsversuche

Der Ausbau einer gewinnorientierten Landwirtschaft wurde durch viele Regierungen planmäßig vorangetrieben. Dabei galt die Überführung von kollektiv bewirtschafteten Flächen in Privatbesitz und die Lockerung der Beziehung zwischen Landbesitz und Herrschaftsrechten als besonders zielführend. Es schien einleuchtend, dass große Güter, die von adeligen oder bürgerlichen Agrarunternehmern gemäß den Erkenntnissen der modernen Agrarwissenschaft systematisch bewirtschaftet wurden, für ihre Betreiber wie für den Grundbesitz, Handel und Konsum besteuern den Staat günstiger waren als Streubesitz kleiner Bauern, die vor Modernisierungen zurückschreckten oder die dazu erforderlichen Investitionen nicht finanzieren konnten. Allerdings scheiterten technokratische Pläne zur Verbesserung der Landwirtschaft, die auf großflächige Reformen setzten, bisweilen spektakulär – so der Versuch, in Bayern eine Seidenindustrie anzusiedeln.

Privatisierung
von Grundbesitz

Die Staaten und Territorien Mittel-, Nord- und Westeuropas (nicht aber Russlands oder des Osmanischen Reichs) waren seit dem frühen 19. Jahrhundert bestrebt, Land zu einem frei handelbaren Gut zu machen, also die Vorrechte des Adels abzubauen. Allerdings gab es beim Tempo der Entwicklung gravierende Unterschiede. Der Übergang zu einem auf Privatbesitz gründenden Agrarkapitalismus war in England bereits im 18. Jahrhundert weitgehend vollzogen und wurde unmittelbar vor 1815 durch die letzte Welle der sogenannten *Enclosure-Gesetze* (Einhegungsgesetze), welche die Privatisierung von bislang ungenutztem oder kollektiv bewirtschaftetem Land vornahmen, abgeschlossen. Die Abschaffung der Feudallasten und die Enteignung von Kirchen- und Emigrantenbesitz im Zuge der Französischen Revolution (die neben

Frankreich auch die Niederlande, Norditalien sowie Teile Deutschlands betroffen hatte) blieb dagegen bis in die 1820er-Jahre mit rechtlichen Unsicherheiten behaftet, welche den Handel mit enteignetem Land begrenzten.

In den deutschen Staaten zog sich die Ablösung der Feudallasten, die (manche) Bauern zu Leibeigenen gemacht und andere zur Erbringung von Arbeitsdiensten oder zur Entrichtung von Abgaben verpflichtet hatten, bis in die 1850er-Jahre hin. Während die Leibeigenschaft in der Regel abgeschafft wurde, erhielten Bauern mit Dienst- und Abgabenverpflichtungen nur die Möglichkeit, diese durch eine Einmalzahlung oder die Abgabe von rund einem Drittel des Landes, das sie bislang bewirtschaftet hatten, abzulösen. Die Zahlungen stellten für viele Adels- und Rittergüter eine dringend benötigte Kapitalspritze dar, die ihnen die Sanierung und Modernisierung ihrer im Zuge der napoleonischen Kriege in eine Schuldenkrise geratenen Güter ermöglichte. Die Ablösung von Dienstbarkeiten durch Land machte es möglich, Güter zu vergrößern oder Land zu verkaufen, ohne den Kern des Familienbesitzes anzutasten.

„Bauernbefreiung“

In Russland bestand das System der Leibeigenschaft, das Menschen an bestimmte Landstücke band, mit denen sie gemeinsam verkauft werden konnten, bis in die 1860er-Jahre fort. Auch in Rumänien und in Teilen des Balkans hielten sich extreme Abhängigkeitsverhältnisse, die von außen als „Sklaverei“ bezeichnet wurden; in Teilen Italiens, Spaniens und Portugals blieben Bauern und Tagelöhner ebenfalls unmittelbar von meist aristokratischen Grundbesitzern abhängig.

Leibeigenschaft und Sklaverei

Die graduelle und regional begrenzte Modernisierung der Landwirtschaft hatte für verschiedene Teile der ländlichen Bevölkerung unterschiedliche Konsequenzen. Die Aristokratie verlor meist den Zugang zu kostenfreier Arbeitskraft (und streifte im Gegenzug die Verpflichtung, die ärmere Bevölkerung zu unterstützen, ab), wurde dafür aber in aller Regel entschädigt. Zudem behielt sie vielerorts ihre formellen wie informellen Herrschaftsrechte.

Konsequenzen für die Landbevölkerung

Für Bauern mit mittelgroßem Besitz und für bürgerliche Investoren erhöhten sich durch die Marktorientierung und die Auflösung kollektiver Nutzungsrechte die Gewinnchancen. Kleinbauern und ländliche Unterschichten, die auf sehr kleinen Höfen wirtschafteten oder als Mägde, Knechte und Tagelöhner ihren Lebensunterhalt verdienten, wurden zwar vielfach „befreit“, was ihnen den Umzug in Städte ermöglichte, der mit neuen Lebenschancen verbunden sein konnte. Im Gegenzug sahen sie sich aber mit dem Verlust von Zugangsrechten zu vormals kommunalem Besitz (z. B. Weideland) konfrontiert und wurden anderer überkommener Rechte (beispielsweise des Sammels von Reisig oder des Aufklaubens von Getreide von abgeernteten Feldern) beraubt. Fortan waren sie auf einen „freien“ Arbeitsmarkt, auf saisonale Arbeitswanderungen (z. B. als Erntehelfer oder Hausierer) oder auf einen Nebenerwerb durch Heimarbeit oder eine zeitlich begrenzte Tätigkeit in der Industrie angewiesen.

Die Erweiterung überregionaler Lebensmittelmärkte erlaubte in Städten neue Essensgewohnheiten. Im frühen 19. Jahrhundert wurden Tee, Kaffee, (Rohr-)Zucker, Tabak und exotische Gewürze zumindest in West- und Mitteleuropa Bestandteile der (Festtags-)Mahlzeiten der mittleren und von Teilen der

Neue Konsumgewohnheiten und Risiken

unteren Schichten. Die Orientierung an nationalen, atlantischen oder globalen Märkten fügte den traditionellen Risiken schlechter Ernten jedoch neue Ungewissheiten hinzu. Veränderungen von Handelswegen und Zollbestimmungen oder unerwartete Konkurrenz (beispielsweise von europäischem Rüben- gegen karibischen Rohrzucker) konnten regionale Landwirtschaften in Absatzkrisen stürzen. Das gleiche galt für Änderungen in der Mode (wie der Übergang von Woll- oder Leinen- zu Baumwolltuchen). Zudem konnten die für alle Agrarprodukte tendenziell sinkenden Preise hergebrachte Anbautechniken und langfristig fixierte Pachten unrealistisch werden lassen.

So war das britische System der Getreidezölle darauf ausgerichtet, den Getreidepreis stabil zu halten, um eine gleichbleibende Versorgung mit dem wichtigsten Grundnahrungsmittel sicherzustellen. Wären die Preise in guten Jahren stark gesunken, hätten womöglich zu viele Landwirte die Getreideproduktion aufgegeben, was eine Insel im Kriegsfall elementar gefährden konnte. Fielen die Preise unter eine bestimmte Marke, wurden sie daher durch Importzölle angehoben. Stiegen sie über ein definiertes Niveau, sanken die Zölle; im schlimmsten Fall wurden Einfuhrsubventionen gezahlt, um eine Verelendung der ärmeren Bevölkerung zu verhindern. Nach dem Ende der napoleonischen Kriege galt ein Preis von 80 Schilling pro *quarter* (rund 13 kg) als vernünftige Untergrenze; bereits 1815 lag der Durchschnittspreis allerdings nur bei knapp 66 Schilling und bis zur Jahrhundertmitte fiel er auf rund 50 Schilling (II.4.2).

Ökologische Schäden

Die Konzentration auf bestimmte Pflanzen, die in Quasi-Monokulturen angebaut wurden, erhöhte die Anfälligkeit für Krankheiten oder veränderte Witterungsbedingungen. Die Kartoffelkrankheit der 1840er-Jahre, die Kartoffeln für mehrere Jahre nicht reifen ließ, hatte vor allem in Irland katastrophale Auswirkungen und dokumentierte, was passieren konnte, wenn eine Bevölkerung, die wegen drückender Pachtzinsen verarmt und wegen schwieriger Verkehrsverhältnisse von internationalen Märkten weitgehend abgeschnitten war, sich ganz auf eine Feldfrucht verließ (I.5.1.2). Inzwischen wird auch das in den 1980er-Jahren in weiten Teilen Europas beobachtete Waldsterben mit im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert eingeführten großflächigen Forstmonokulturen in Verbindung gebracht. Auch neu gewonnenes Ackerland konnte mit versteckten Kosten verbunden sein. Die politische Flurbereinigung im südlichen Deutschland im Gefolge der Französischen Revolution ermöglichte eine Begradigung des Oberlaufs des Rheins, welche Auen in Ackerland verwandelte. Flussabwärts waren jedoch stärkere Überschwemmungen und ökologische Schäden durch die Beschleunigung der Fließgeschwindigkeit die Folge.

Gewinner und Verlierer

Somit ergab sich um 1850 ein differenziertes Bild. Der Übergang zum Agrarkapitalismus in zentralen europäischen Staaten und Regionen steigerte insgesamt die Produktivität der Landwirtschaft deutlich, was zu einer stabileren Versorgung mit Lebensmitteln bei sinkenden Preisen führte, die wiederum einem wachsenden Teil der Bevölkerung in Europas reichsten Regionen den Übergang zu hochwertigeren Nahrungsmitteln – zum Beispiel Fleisch statt Getreide und Gemüse – erlaubte. Der Prozess des Wandels produzierte ökonomische Gewinner, die profitable Ackerböden intensiver nutzen konnten und

Zugang zu wachsenden Märkten hatten, sowie absolute wie relative Verlierer, nämlich Teile der ländlichen Unterschichten sowie die Einwohner von Regionen, die von Märkten abgeschnitten blieben. Große Teile der Bevölkerung Italiens, des Balkans, Spaniens, Russlands oder Irlands besaßen weiterhin kaum Alternativen zu einer Ernährung auf Mehl- bzw. Kartoffelsuppenbasis mit gelegentlichen Gemüseeinlagen und seltenen Käse- oder Fleischbeigaben. Sie verzehrten weiterhin, was von ihnen oder ihren Nachbarn im unmittelbaren Umland angebaut oder verarbeitet wurde, kleideten sich in Stoffe aus Wolle oder Leinen und hatten von Tee oder Kaffee allenfalls gehört. Und sie lebten weiterhin in begründeter Furcht vor kargen Zeiten oder Hungersnöten.

2.2.2 Verkehr, Handel, Finanzwesen

Für die Unterschiede zwischen reichen und armen Regionen Europas mit entscheidend war ihre mehr oder weniger dichte Erschließung durch Verkehrswege. Die wachsende Produktivität der Landwirtschaft war ein Grund fallender Verbraucherpreise; sinkende Transportkosten waren ein anderer. Zudem wurden Märkte transparenter, wenn sich Informationen über Angebot und Nachfrage rascher übermitteln ließen. Sinkende Transportzeiten reduzierten ferner die Zinsen, die für Kredite zur Überbrückung der Zeit zwischen Kauf und Verkauf von Waren zu zahlen waren.

Seit dem 18. Jahrhundert wurden zunächst in England, dann in Frankreich und immer weiteren Teilen Europas Fernstraßen besser befestigt und von einem Netz regelmäßig verkehrender Postkutschen befahren. Dadurch stiegen die maximalen Reisegeschwindigkeiten an, aber die Kosten für die Nutzung dieser schnelleren Verkehrsmittel blieben sehr hoch. Im frühen 19. Jahrhundert erfolgte der Übergang zum schienenengebundenen Verkehr, der es ermöglichte, die Reisegeschwindigkeiten deutlich zu erhöhen und die Kosten für den Personen- und Frachttransport massiv zu senken. Voraussetzung dafür war die Umrüstung von Dampfmaschinen, die ursprünglich zur Entwässerung von Bergwerken entwickelt worden waren, für den Einsatz im Verkehr. Dies gelang Anfang des 19. Jahrhunderts zunächst auf Flussschiffen, wenig später auch auf Hochseedampfern. In den 1820er-Jahren hatte vor allem George Stephenson (1781–1848) bei dem Versuch Erfolg, eine Dampfmaschine zu konstruieren, die auf einem kleineren Eisenbahnwaggon montiert werden konnte. Ansonsten blieb Vieles beim Alten: Die Eisenbahn übernahm die Gestaltung der Wagen sowie Linien-, Fahrplan- und Tarifmuster von den Schnellkutschen. Sie benötigte aber eigene Schienenwege, die nur unter großen Kosten und mit erheblichen Eingriffen in die Landschaft und bisweilen auch in die städtische Architektur errichtet werden konnten.

Angesichts der auch auf der Schiene begrenzten Reisegeschwindigkeiten und des hohen Energiebedarfs der Bahn (die wachsende Nachfrage nach Kohle für Heizung, Transport und Industrie hatte gegenüber dem 18. Jahrhundert zu deutlichen Preisanstiegen geführt) blieben Kähne und Schiffe überall dort eine ernsthafte Konkurrenz, wo gut ausgebaute Kanalnetze oder schiffbare Flüsse zur Verfügung standen.

Fernstraßen

Eisenbahnen und
Dampfschiffe

Fluss- ...

... und
Hochseeschifffahrt

Auf dem Atlantik und Pazifik verkehrten erste Dampfer, obgleich der Großteil des Verkehrs in der ersten Jahrhunderthälfte weiterhin mit Segelschiffen abgewickelt wurde. Das Wachstum der Transportkapazitäten im transatlantischen Personenverkehr wurde allerdings seit 1803 in Großbritannien und den USA durch gesetzliche Bestimmungen gebremst, die Mindestanforderungen für die Unterbringung und Ernährung der Passagiere in Schiffen, die britische oder amerikanische Häfen ansteuerten, vorschrieben. Ein Ziel der *Passenger Acts* war, zu verhindern, dass gierige Reeder Auswanderern eine Atlantik-Überquerung ohne ausreichende Verpflegung in viel zu engen Räumen unter Deck zumuteten. Strengere Standards hatten jedoch zugleich den erwünschten Effekt, Passagierzahlen zu reduzieren, was die Aus- bzw. Einwanderung drosselte und auf wohlhabende Personen begrenzte.

Post und Telegraphie

Kürzere Reisezeiten und sinkende Transportpreise begünstigten das Wachstum des Postwesens. Die Zahl der beförderten Sendungen stieg, während ihre Kosten sanken. In England galt ab 1839/40 ein fixer Portotarif (zunächst vier, dann ein Penny pro Sendung in das ganze Land). Zwar war das Briefgeheimnis keineswegs absolut. In Großbritannien führte 1844 die Erkenntnis, dass das Innenministerium die private Korrespondenz des italienischen Flüchtlings Giuseppe Mazzini (1805–1872) öffnete und den Inhalt an die österreichische Botschaft weitergab, jedoch zu einem größeren Skandal, sodass das Vertrauen in die staatliche Post auch als Übermittlerin vertraulicher Informationen mit Recht hoch war. Seit 1839 wurde die Briefpost, wiederum zunächst in England, durch den Ausbau eines Telegrafennetzes ergänzt, das die fast unmittelbare Weitergabe dringender Nachrichten (z. B. Börsen- oder Warenkurse) erlaubte. Bis zur Verlegung des ersten Unterseekabels durch den Ärmelkanal 1851 konnte es aber nur auf dem Land genutzt werden, wo die Telegrafie eng an den Ausbau der Eisenbahn gekoppelt war, neben deren Schienensträngen die Verbindungen meist verliefen. Die erste Verbindung unter dem Atlantik wurde 1866 hergestellt.

Verkehrsnetze

Bahnlinien, Straßen, Kanal- und Flusschifffahrt blieben dicht miteinander verweben. Zwar folgte in England auf die erste dampfgetriebene Personenbahn zwischen Liverpool und Manchester (1830) der rasche Ausbau eines Schienennetzes. 1850 umfasste es bereits 12 000 km und verband nicht mehr nur einzelne kommerzielle Zentren untereinander, sondern auch London mit fast allen größeren Städten des Landes. Aus Paris konnte man dagegen nur (seit 1843) nach Brüssel und Köln fahren, wo Anschluss an den Dampfschiffverkehr auf dem Rhein bestand. In Deutschland existierten 1850 mehrere getrennte Bahnnetze mit 7200 km Strecke (zwischen Frankfurt und dem Oberrhein; zwischen Berlin, dem Rheinland, Paris und Hamburg; zwischen Berlin und Warschau sowie fast zwischen München und Nürnberg). Die Lücken wurden jeweils durch Flüsse und Straßen geschlossen. In Schweden machten das dichte Kanalnetz und die geringe Bevölkerungsdichte den Bau von Eisenbahnstrecken bis in die zweite Jahrhunderthälfte hinein unattraktiv. In Russland, Italien und Spanien existierten nur kleinere Stichbahnen, die meist Städte an ihre Häfen anschlossen.

Grenzen der
Verkehrsrevolution

Überhaupt blieb die Verkehrsrevolution des frühen 19. Jahrhunderts in Europa auf Großbritannien, die Niederlande und Belgien, Frankreich, Teile des

Deutschen Bundes und Italiens beschränkt. Das Ausmaß des Wandels war sehr unterschiedlich. So fuhr statistisch jeder Brite 1850 dreimal jährlich mit dem Zug, jeder Belgier einmal, jeder Franzose einmal in zwei Jahren. Für weite Teile der Bevölkerung blieb der Fußmarsch nicht zuletzt aus Kostengründen die gängige Reiseform. In weiten Teilen Italiens, Russlands, Portugals, Spaniens, auf dem Balkan oder in Griechenland existierten weder Eisenbahnen noch gut ausgebaute Straßen, sodass selbst vermögenden Reisenden ein schnelles Reiten oder Kutschfahren kaum möglich war.

Das Netzwerk kostengünstiger Expressverbindungen beschränkte sich mit hin auf einen erweiterten Nordatlantik mit einem wachsenden, per Eisenbahn und Flussdampfer erschlossenen Hinterland in den USA, dem britischen Nordamerika, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden und Deutschland. Hatten Reiten, Gehen und Segeln um 1815 überall das Tempo vorgegeben, war es in der Kernzone europäischen Wirtschaftswachstums um 1850 zumindest für vermögende Reisende und wachsende Mengen an Gütern fortan die Leistungsfähigkeit der Dampfmaschinen. Die maximale Reisegeschwindigkeit über längere Strecken, die noch um 1800 im am besten vernetzten Land, England, bei rund 10 km/h gelegen hatte, war entlang der Bahnlinien nun auf fast 40 km/h angestiegen. Dagegen veränderte sich im Mittelmeerhandel und von dort weiter über die Suez-Meerenge oder auf dem Landweg durch Persien in den Orient außer dem gelegentlichen Einsatz von Dampfern wenig. Auch im Ostseeraum war das Hinterland von den Küstenstädten aus nicht sehr viel leichter zu erreichen als im 18. Jahrhundert.

Die engere Vernetzung förderte die Standardisierung von Waren durch einheitliche Güteklassen für unterschiedliche Produkte. Die Messung der Zeit wurde ebenfalls normiert, denn nach dichten Fahrplänen verkehrende Eisenbahnen waren auf einen an allen Stationen und über alle Jahreszeiten hinweg gleichen Stunden- und Minutentakt angewiesen. Entlang der Bahnstrecken löste die mit aufeinander abgestimmten mechanischen Uhren gemessene Zeit die Orientierung am Glockenschlag der lokalen Kirchturme oder am Sonnenlauf ab. Raschere Reisegeschwindigkeiten und der durch das Zugfenster begrenzte Blick veränderten Lebensgefühl und mentale Landkarten derer, die mit der Bahn reisen konnten, und weckte Sorgen darüber, was die irrwitzigen Beförderungsgeschwindigkeiten mit dem Nervenkostüm der Reisenden anstellen würden. Dichte Systeme der Migrationskontrolle, die Reisen in Kontinentaleuropa bislang an Genehmigungen durch Pässe und andere Papiere gekoppelt hatten, ließen sich in der Praxis nur schwer durchsetzen, wenn zahlreiche Passagiere auf einmal an einem Bahnhof ankamen, an dem sie überdies pünktlich abfahrende Anschlusszüge erreichen mussten. Lärm und Abgase der Bahnen hatten Folgen für die entlang der Strecken liegenden Wohnhäuser, Weideflächen und Äcker (und führten dazu, dass Bahnhöfe zunächst an der Peripherie von Städten angesiedelt wurden). Die mit Bahnen und Dampfschiffen verbundenen Sicherheitsrisiken (Explosionen von Kesseln, Brände und Zusammenstöße) erforderten neue Regelungen der Konzessionierung und Haftung.

Das wachsende (Fern-)Handelsvolumen trug ferner zum Ausbau von Insti-

Standardisierungs-
tendenzen

Migrationskontrolle

Fernhandel und
Finanzsektor

tutionen bei, welche die parallel zu den Warenströmen verlaufenden Geldflüsse verwalteten. An die Stelle des Austausches von Wechslern in einem Netzwerk von Kaufleuten trat immer häufiger die Abwicklung des Zahlungsverkehrs über Banken. Versicherungen, welche die Risiken des Fernhandels (und als Lebensversicherungen auch den Verlust von Personal) beherrschbar machen sollten, dehnten ihren Geschäftsbereich aus und entwickelten versicherungsmathematisch solidere Grundlagen. Für zahlreiche Waren entstanden nationale oder regionale Börsen, auf denen standardisierte Qualitäten in vorher festgelegten Mengeneinheiten gehandelt werden konnten, ohne dass die Käufer sie vorher in Augenschein nehmen mussten.

Spekulation

Das durch den Handel generierte Kapital konnte in den zentralen Handelsmetropolen über Banken oder Makler an Börsen (wie der 1801 gegründeten Londoner Stock Exchange) in Anleihen investiert werden. Allerdings blieben die spekulativen Anlagemöglichkeiten dort vorerst begrenzt. An der Londoner Börse wurden bis in die 1840er-Jahre vor allem britische und ausländische Staatsanleihen gehandelt – die Spekulation mit Anleihen der in die politische Unabhängigkeit strebenden spanischen Kolonien in Mittel- und Südamerika löste dort 1822 bis 1825 eine erste lateinamerikanische Schuldenkrise aus. Erst danach kamen in relativ bescheidenem Umfang Anteile von Eisenbahngesellschaften hinzu. Die prominentesten Bankiers – wie die inzwischen in Frankfurt, London, Paris, Wien und Neapel vertretenen Rothschilds – hatten als wichtigste Kunden Staaten, sodann Kaufleute; Industrielle spielten noch eine marginale Rolle.

Staatliche Maßnahmen

In London und Paris wurden Finanzdienstleistungen in Kooperation mit einer durch das Recht zur Ausgabe von Geldscheinen staatlich privilegierten, aber profitorientierten Bank (der Bank of England bzw. Banque de France) durch private Initiative abgewickelt. Damit begab sich der Staat in die Hände individueller Investoren, was in kommerziellen Zentren und für solvente Staaten gut funktionierte. Preußen, das über weniger Investoren und über keinen großen Kapitalmarkt verfügte, sah sich dagegen genötigt, die Verwaltung der Staatsschulden und die Finanzierung von Industrie und Infrastruktur der staatlichen Preußischen Seehandlung (deren Name auf ihre Wurzeln in der Fernhandelspolitik verweist) zu übertragen. Allerdings waren die Möglichkeiten staatlicher Intervention in die Wirtschaft angesichts hoher Kriegsschulden, bescheidenen Steuerquoten (in Preußen betrug der Spitzensatz der Einkommensteuer 4 %) und einer Währung auf Edelmetallbasis ohnehin begrenzt.

London

Somit überrascht es nicht, dass sich das Londoner Modell als besonders erfolgreich erwies. Dort wurden Regeln für den nationalen und internationalen Finanzmarkt ausgehandelt, Standards gesetzt und international verständliche Begriffe (wie „Börsen-Jobber“) geprägt. Dem entsprach die Rolle der Stadt als zentraler (realer wie virtueller) Umschlagsplatz für Waren aus aller Welt, die zum Teil in Großbritannien weiterverarbeitet, zum Teil direkt exportiert wurden. Paris als zentraler Finanzplatz des Kontinents war ebenso wie die französischen Häfen weit abgeschlagen.

Soziale und
regionale Grenzen

Die soziale und regionale Reichweite der neuen Finanzwelt war freilich selbst in Großbritannien einigermaßen begrenzt. Der Besitz eines Bankkontos war

noch Mitte des 19. Jahrhunderts so selten, dass er als Ausweis höchster Respektabilität galt. Die mit Fernhandel und Staatsfinanzen befassten Banken blieben zunächst klar von den in den Regionen verwurzelten Institutionen geschieden, die sich mit Hypotheken auf Grundbesitz oder dem An- und Verkauf von Immobilien befassten. Kreditinstitutionen für die weniger wohlhabende Bevölkerung existierten kaum. In deutschen Staaten scheiterte die Ablösung der Feudallasten vielfach daran, dass es kleineren und mittleren Grundbesitzern unmöglich war, die entsprechenden Kredite zu akzeptablen Konditionen zu erhalten. Spar- und Darlehenskassen als Alternativen zu Geldverleihern, die ihr hohes Risiko durch ebensolche Zinsen ausglich, waren überwiegend kommunale und/oder karitative Unternehmungen, wie die in Frankfurt am Main 1822 von der Polytechnischen Gesellschaft (einem Verein zur praktischen Förderung der Produktivität der „kleinen Leute“) gegründete Sparkasse.

Somit standen auch in diesem Bereich moderne Institutionen neben dem traditionellen Vertrauen auf das Anschreiben beim Händler oder dem Gang zum Geldverleiher. Beides barg Risiken – der Geldverleiher konnte sich als Wucherer oder Betrüger erweisen, während die vermeintlich sichere und rentable Investition in lateinamerikanische Staatsanleihen, belgische Eisenbahnprojekte oder britische Aktiengesellschaften weder sicher noch rentabel sein konnte. Die Reputation des lokalen Geldverleihers war aber vielleicht leichter zu verifizieren als die Seriosität einer Investition.

Vertrauen und
Information

2.2.3 Gewerbliche Produktion in der Industrialisierung

Mit Industrialisierung wird der Übergang einer Produktion von gewerblichen Gütern in Handwerksbetrieben oder Manufakturen zu einer Produktion in Fabriken beschrieben, in denen Arbeiter an durch Wasserkraft oder Dampf angetriebenen Maschinen in arbeitsteiligen Verfahren standardisierte Produkte in großen Stückzahlen herstellten. Dieser Übergang war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in manchen Teilen Europas in vollem Gange, in anderen hatte er kaum oder noch überhaupt nicht eingesetzt. Zu den Voraussetzungen der Industrialisierung gehörten Märkte, auf denen große Stückzahlen (fast) identischer Produkte abgesetzt werden konnten, kostengünstige Energieträger sowie ausreichender Zugang zu Rohstoffen. In der ersten Phase der Industrialisierung, in der die Textilherstellung den Leitsektor darstellte, waren das Fasern pflanzlichen (Baumwolle, Leinen) oder tierischen (Wolle, Seide) Ursprungs, aus denen Garn hergestellt werden konnte, das sich zu Tüchern weben ließ. Im frühen 19. Jahrhundert setzte sich die im südlichen Nordamerika, Indien, Ägypten und Teilen Italiens angebaute Baumwolle klar gegen andere Rohstoffe wie Wolle durch, die sich maschinell schwerer verarbeiten ließ und Stoffe ergab, die weniger populär waren als die aus Indien bekannten leichten bunten *Calicos*. Entsprechend versiebenfachte sich der Verbrauch von Baumwolle in England zwischen 1815 und 1850 (die weiterhin überaus geschätzte Seide wurde wegen ihrer Empfindlichkeit zunächst kaum industriell verarbeitet).

Erste Welle:
Textilindustrie

Die durch die maschinelle Verarbeitung erzielbaren Skaleneffekte machten es also rentabel, einen Rohstoff aus Übersee zu importieren, in Mittelengland

Industrielle Zentren